

Besserer Unterricht für alle möglich

Vortragsreihe der Universität zur »Inklusion an hessischen Schulen« zieht Schlussbilanz

Gießen (vo). »Vor die Wahl gestellt zwischen der einen Schule für alle und dem Gymnasium, würde ich meine Kinder auf die eine Schule für alle schicken. Davon erwarte ich mir mehr Qualität.« Mit diesem persönlichen Bekenntnis in der letzten Veranstaltung der Vortragsreihe »Inklusion an hessischen Schulen« verdeutlichte die Professorin Elisabeth von Stechow vom Institut für Heil- und Sonderpädagogik der Justus-Liebig-Universität, wie viel Hoffnung sie in den ganz anders gearteten »Unterricht der Zukunft« setzt.

Bis dahin muss sich allerdings noch viel ändern. Angestoßen wurde das Thema Inklusion von der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland vor gut vier Jahren ratifiziert hat. Jetzt sei mit der Umsetzung des Staatsvertrages begonnen worden. Im Kern gehe es um Selbstbestimmung und Teilhabe in allen Lebensbereichen, nicht nur in der Schule. Bildung sei ein Menschenrecht und keineswegs nur unter dem Aspekt wirtschaftlicher Verwertbarkeit zu sehen.

Notwendig sei ein tief greifender Bewusstseinswandel: Behinderung als Teil des menschlichen Lebens sollte ebenso wie Unterschiede zum Beispiel des Geschlechts, der Hautfarbe oder der sozialen Herkunft nicht negativ gesehen werden, sondern als Bereicherung. Grundsätzlich gelte das von der Lebenshilfe propagierte Motto: »Es ist normal, verschieden zu sein.«

Kinder lassen sich nicht über einen Kamm scheren, nicht normieren wie Industrieprodukte. In der Medizin, der

Psychiatrie und der Pädagogik habe man Ende des 19. Jahrhunderts versucht, festzulegen, was als normal zu gelten habe. Abweichungen davon seien als pathologisch definiert worden - mit der Konsequenz der Aussonderung in Hilfsschulen, Heime, psychiatrische Kliniken oder Gefängnisse. Diese Tendenz gelte es zu überwinden.

Der Individualität jedes Kindes könne ein Unterricht, in dem alle in einer Jahrgangsklasse zur selben Zeit dasselbe lernten, kaum Rechnung tragen. Das sei auch ein Ergebnis der PISA-Studien, bei denen das deutsche Schulsystem schlecht abgeschnitten habe. Es produziere mit fast einem Viertel der Schüler viel zu viele Bildungsverlierer, darunter derzeit sieben Millionen Menschen, die nicht richtig lesen können, und 13 Millionen, die über das Grundschulniveau nicht hinauskommen. Das Risiko dafür hänge eindeutig mit der sozialen Herkunft zusammen.

Ein zieldifferenziertes Lernen in einer heterogenen Gruppe würde allen zugutekommen. Das hätten jahrzehntelange Erfahrungen mit der Integration bewiesen. Inklusion könne gelingen - allerdings nicht als bildungspolitisches Sparmodell. Viel mehr Kinder als bisher müssten beim Lernen in entspannter Atmosphäre gefördert werden. Dazu sei ein System begleitender Hilfen aufzubauen. Die Lehrerbildung müsse über Fachwissen und -didaktik hinausgehen und weitere Kompetenzen wie Diagnose, Bewertung, Organisationsmanagement und Kooperation umfassen.

In der Diskussion wurde die Sorge geäu-

bert, für das Thema interessierten sich wie an der Zuhörerschaft abzulesen - bisher hauptsächlich Fachleute aus dem Förderbereich, nicht aber die Lehrer an den Schulen, die sich für Inklusion öffnen sollten. Eine Grundschullehrerin mit zwanzigjähriger Erfahrung im gemeinsamen Unterricht beklagte massive Verschlechterungen, vor allem weniger doppelt besetzten Unterricht: »Wir müssen viel mehr Eltern sagen: Wir wissen nicht, ob wir Ihr Kind gut aufnehmen können.« Die jetzige Situation sei auch den Lehrern nicht zuzumuten. »Wenn Inklusion als Behinderung wertvoller pädagogischer Arbeit daherkommt, ist das fatal und empörend. Das Problem ist aber nicht die Idee der Inklusion, sondern ihre Umsetzung«, kommentierte von Stechow.

Viele Anregungen bot ein »Markt der Möglichkeiten«, der unter anderem über Schulbeispiele und Projekte informierte. Die Veranstaltungsreihe des Zentrums für Lehrerbildung und des Instituts für Heil- und Sonderpädagogik soll im kommenden Jahr fortgesetzt werden und neben Pädagogen weitere Fachleute (zum Beispiel aus der Medizin) und die Öffentlichkeit erreichen.

Wie Inklusion in der Praxis gelingen kann, hatte bereits ein Vortrag von Gerhard Vater über die Offene Schule Kassel-Waldau gezeigt. Er steht wie die Aufzeichnungen der vorangegangenen Vorträge von Prof. Dieter Katzenbach und Dr. Helga Deppe-Wolfinger im Internet (uni-giessen.de/cms/inklusion-anschulen). (Foto: Schepp)

Gießener Anzeiger vom 25.10.2013

Gießener Anzeiger

Ressort:

Hochschule

"Von Integration zu Inklusion"

GIESSEN (red). Die Vortragsreihe "Inklusion" der **Justus-Liebig-Universität (JLU)** geht der Frage nach, wie ein Bildungssystem gestaltet werden muss, damit Kinder mit durchschnittlicher Begabung, mit Einschränkungen oder Behinderungen, Kinder mit Hochbegabung und Kinder aus sozial benachtei-

ligten Verhältnissen oder aus Migrantenfamilien gemeinsam unterrichtet und optimal gefördert werden können. Dabei wird Prof. Helga Deppe Wolfinger, Institut für Sonderpädagogik der Goethe-Universität Frankfurt, am Mittwoch, 30. Oktober, um 16.15 Uhr in Raum B 030 im Philosophikum II in der Karl-

Glöckner-Straße 21 über das Thema "Von der Integration zur Inklusion - Fortschritt oder Rückschritt?" sprechen und ihre eigenen Erfahrungen vorstellen.

Urheberinformation:

(C) 2013 Giessener Anzeiger Verlags GmbH & Co. KG

Seite: 28

Quellrubrik: Lokalredaktion

Ressort: Aus der Stadt Gießen

Besserer Unterricht für alle möglich

Vortragsreihe der Universität zur »Inklusion an hessischen Schulen« zieht Schlussbilanz

Gießen (vo). »Vor die Wahl gestellt zwischen der einen Schule für alle und dem Gymnasium, würde ich meine Kinder auf die eine Schule für alle schicken. Davon erwarte ich mir mehr Qualität.« Mit diesem persönlichen Bekenntnis in der letzten Veranstaltung der Vortragsreihe »Inklusion an hessischen Schulen« verdeutlichte die Professorin Elisabeth von Stechow vom Institut für Heil- und Sonderpädagogik der Justus-Liebig-Universität, wie viel Hoffnung sie in den ganz anders gearteten »Unterricht der Zukunft« setzt.

Bis dahin muss sich allerdings noch viel ändern. Angestoßen wurde das Thema Inklusion von der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland vor gut vier Jahren ratifiziert hat. Jetzt sei mit der Umsetzung des Staatsvertrages begonnen worden. Im Kern gehe es um Selbstbestimmung und Teilhabe in allen Lebensbereichen, nicht nur in der Schule. Bildung sei ein Menschenrecht und keineswegs nur unter dem Aspekt wirtschaftlicher Verwertbarkeit zu sehen.

Notwendig sei ein tief greifender Bewusstseinswandel: Behinderung als Teil des menschlichen Lebens sollte ebenso wie Unterschiede zum Beispiel des Geschlechts, der Hautfarbe oder der sozialen Herkunft nicht negativ gesehen werden, sondern als Bereicherung. Grundsätzlich gelte das von der Lebenshilfe propagierte Motto: »Es ist normal, verschieden zu sein.«

Kinder lassen sich nicht über einen Kamm scheren, nicht normieren wie Industrieprodukte. In der Medizin, der

Psychiatrie und der Pädagogik habe man Ende des 19. Jahrhunderts versucht, festzulegen, was als normal zu gelten habe. Abweichungen davon seien als pathologisch definiert worden - mit der Konsequenz der Aussonderung in Hilfsschulen, Heime, psychiatrische Kliniken oder Gefängnisse. Diese Tendenz gelte es zu überwinden.

Der Individualität jedes Kindes könne ein Unterricht, in dem alle in einer Jahrgangsklasse zur selben Zeit dasselbe lernten, kaum Rechnung tragen. Das sei auch ein Ergebnis der PISA-Studien, bei denen das deutsche Schulsystem schlecht abgeschnitten habe. Es produziere mit fast einem Viertel der Schüler viel zu viele Bildungsverlierer, darunter derzeit sieben Millionen Menschen, die nicht richtig lesen können, und 13 Millionen, die über das Grundschulniveau nicht hinauskommen. Das Risiko dafür hänge eindeutig mit der sozialen Herkunft zusammen.

Ein zieldifferenziertes Lernen in einer heterogenen Gruppe würde allen zugutekommen. Das hätten jahrzehntelange Erfahrungen mit der Integration bewiesen. Inklusion könne gelingen - allerdings nicht als bildungspolitisches Sparmodell. Viel mehr Kinder als bisher müssten beim Lernen in entspannter Atmosphäre gefördert werden. Dazu sei ein System begleitender Hilfen aufzubauen. Die Lehrerbildung müsse über Fachwissen und -didaktik hinausgehen und weitere Kompetenzen wie Diagnose, Bewertung, Organisationsmanagement und Kooperation umfassen.

In der Diskussion wurde die Sorge geäu-

bert, für das Thema interessierten sich - wie an der Zuhörerschaft abzulesen - bisher hauptsächlich Fachleute aus dem Förderbereich, nicht aber die Lehrer an den Schulen, die sich für Inklusion öffnen sollten. Eine Grundschullehrerin mit zwanzigjähriger Erfahrung im gemeinsamen Unterricht beklagte massive Verschlechterungen, vor allem weniger doppelt besetzten Unterricht: »Wir müssen viel mehr Eltern sagen: Wir wissen nicht, ob wir Ihr Kind gut aufnehmen können.« Die jetzige Situation sei auch den Lehrern nicht zuzumuten. »Wenn Inklusion als Behinderung wertvoller pädagogischer Arbeit daherkommt, ist das fatal und empörend. Das Problem ist aber nicht die Idee der Inklusion, sondern ihre Umsetzung«, kommentierte von Stechow.

Viele Anregungen bot ein »Markt der Möglichkeiten«, der unter anderem über Schulbeispiele und Projekte informierte. Die Veranstaltungsreihe des Zentrums für Lehrerbildung und des Instituts für Heil- und Sonderpädagogik soll im kommenden Jahr fortgesetzt werden und neben Pädagogen weitere Fachleute (zum Beispiel aus der Medizin) und die Öffentlichkeit erreichen.

Wie Inklusion in der Praxis gelingen kann, hatte bereits ein Vortrag von Gerhard Vater über die Offene Schule Kassel-Waldau gezeigt. Er steht wie die Aufzeichnungen der vorangegangenen Vorträge von Prof. Dieter Katzenbach und Dr. Helga Deppe-Wolfinger im Internet (uni-giessen.de/cms/inklusion-anschulen). (Foto: Schepp)

Ressort: Hochschule

Zwischenbilanz auf dem Weg zur Inklusion

GIESSEN (red). Vor fünf Jahren ist die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen in Deutschland in Kraft getreten. Nicht nur in Hessen werden die ersten Schritte auf dem Weg zur Inklusion in Schulen höchst kontrovers diskutiert. Die begleitenden Effekte - wie beispielsweise der wachsende Bedarf an Integrationshelferinnen für Schüler mit Entwicklungsverzögerungen oder die sich stark verändernde Rolle von Förderschullehrkräf-

ten - stellen Schulen, Universitäten und außerschulische Institutionen vor besondere Herausforderungen. In einer neuen Veranstaltungsreihe der Arbeitsstelle für Inklusion/Didaktische Lernwerkstatt und des Zentrums für Lehrerbildung sollen nun Weiterentwicklungen aufgezeigt, Fragen diskutiert und neu entstehende Spielräume und Barrieren ausgelotet werden.

Die Reihe "Die Umsetzung der UN-Konvention in hessischen Schulen"

beginnt am Mittwoch, 3. Dezember. Prof. em. Ulf Preuß-Lausitz spricht über "Fünf Jahre UN-Konvention - Zwischenbilanz auf dem Weg zur Inklusion. Vergleichende Betrachtung der Bundesländer". Beginn ist um 16 Uhr im Hörsaal 030 (Haus B im Philosophikum II). Eingeladen sind alle Interessierten aus Schulen und Hochschulen, aus Schülern und Studienseminaren sowie aus der interessierten Öffentlichkeit.

Urheberinformation: (C) 2014 Giessener Anzeiger Verlags GmbH & Co. KG

© PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 30
Ressort: Aus der Stadt Gießen

Quellrubrik: Lokalredaktion
Ausgabe: Hauptausgabe

Neues Berufsbild für Lehrer

Fachtagung von Universität und Schulamt widmet sich dem inklusiven Unterricht

Gießen (pm). »Ein neues Berufsbild entsteht: Was müssen Förderschullehrkräfte in der inklusiven Beschulung können?« - unter diesem Titel stand der Fachtag für sonderpädagogische Förderung, der dieser Tage im Philosophikum II der Universität stattfand.

Die notwendigen professionellen Kenntnisse und Fähigkeiten von Förderschullehrkräften und die Voraussetzungen zu deren Umsetzung in der allgemeinen Schule zu benennen und zu diskutieren, war das Ziel des Tages. Nach dem Impulsvortrag von Prof. Elisabeth von Stechow boten zahlreiche Workshops den etwa 400 Förderschullehrkräften überwiegend aus dem Schulamtsbezirk Gießen/ Vogelsberg dazu Gelegenheiten.

Von Stechow diskutierte in ihrem Vortrag, welche Kenntnisse und Fähigkeiten aus wissenschaftlicher Perspektive für Förderschullehrkräfte in der inklusiven Schule benannt werden und welche Hürden diese Kompetenzen in der Umsetzung teilweise nehmen müssen. Sie referierte außerdem neuere Forschungsergebnisse zu grundlegenden Haltungen von Förderschullehrkräften, die das Handeln im beruflichen Alltag leiten. Deren Bewusstmachen sei erforderlich, um ihre Folgen für die eigene professionelle Arbeit einordnen und die grundlegenden Veränderungen der eigenen beruflichen Rolle bewältigen zu

können. Die neuen beruflichen Aufgaben führten weg von der Rolle als Klassenlehrerin in einer Förderschule hin zu einer vermehrten Übernahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen in allgemeinen Schulen, in die Arbeit in multiprofessionellen Teams mit unterschiedlichsten Perspektiven auf förderpädagogische Fragen und zu einer nur losen Verortung in großen teilweise widersprüchlichen und manches Mal vielleicht auch widerständigen Schulsystemen.

Konfliktträchtiger Umbruch

Die insgesamt 25 verschiedenen Workshop-Angebote in zwei Zeitschienen thematisierten insbesondere die Veränderungen und Herausforderungen der zukünftigen Rolle von Förderschullehrkräften im Arbeitsfeld der allgemeinen Schule. Titel wie »Blick über die Berge«, »Orientierung in der Rollenvielfalt«, »Interkulturelle Kompetenz«, »Schulische Übergänge gestalten« geben eine Vorstellung davon, welche Fragen sich in den beruflichen Tätigkeitsfeldern in der allgemeinen Schule stellen. Workshops von Kooperationspartnern wie dem Jugendamt des Vogelsbergkreises, vom Sozialpädiatrischen Zentrum der **JLU** oder vom

Forensischen Konsil Gießen, von Wildwasser Gießen und vom Kinderschutzbund zeigen das erweiterte und komplexe Spektrum der Aufgaben.

Darüber hinaus steuerten Schulpsychologen und andere Mitarbeiter des Schulamts, einzelne Schulleiter und Lehrkräfte der überregionalen Beratungs- und Förderzentren sowie Mitarbeiterinnen des Instituts für Heil- und Sonderpädagogik wichtige Workshop-Angebote zur beruflichen Weiterentwicklung bei.

Der Fachtag sonderpädagogische Förderung wurde möglich durch die intensive Zusammenarbeit der Universität und der regionalen Bildungsbehörden und durch die Kooperation mit Vertretern und Vertreterinnen der verschiedensten Einrichtungen, die sich an der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Region und darüber hinaus beteiligen.

Auch im Hinblick auf diese konstruktive Zusammenarbeit der unterschiedlichen Institutionen und Professionen war dies eine gelungene Veranstaltung, um in einer sehr konfliktträchtigen Umbruchssituation im Schulalltag die neuen Arbeitsfelder zu analysieren, die erforderlichen Kompetenzen zu benennen und an deren Entwicklung mitzuwirken.